

Erneut entsteht ein Protestcamp der A-33-Gegner in Erpen – Wie geht es nun weiter?

## Kritik und Strafanzeigen

### Die Räumungen der Anti-A-33-Camps und ihre Folgen

Osnabrück/Dissen (-sö) Die von Kreis und Straßenbauamt Osnabrück beabsichtigte Wirkung währte nur kurz: Am späten Nachmittag des vergangenen Donnerstags hatte die Polizei als Vollzugs helferin des Landkreises Osnabrück wie berichtet das Protestcamp der Autobahngegner auf der A-33-Trasse in Dissen-Erpen geräumt. Am darauffolgenden Freitag begannen die Autobahngegner, ihr Camp wieder aufzubauen.

Zum ersten Mal ist im Osnabrücker Land die Räumung eines Hüttendorfs der Autobahngegner nicht friedlich verlaufen. Wie geht es nun weiter? Ist die Spirale der Gewalt noch aufzuhalten? Die Neue OZ fragte nach (siehe nebenstehenden Beitrag).

Unterdessen hat es im Nachhall der Hüttendorf-Räumungen neue Entwicklungen gegeben. Der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen kritisiert in einer Presseerklärung die Art des Einsatzes vom vergangenen Donnerstag als „Behördenwillkür und Einschüchterung“.

Kreisvorstandssprecherin Gudrun Nasse empört sich auch darüber, daß ihr Sprecherkollege Wilhelm Meyer zu Erpen in Handschellen von seinem eigenen Grund und Boden abgeführt worden ist. Die Polizei wirft ihm vor, er habe Widerstand gegen die Staats-

gewalt geleistet und sei deshalb in Gewahrsam genommen worden. Nach Angaben der Polizei hat der betreffende Beamte Anzeige wegen Körperverletzung gegen den Landwirt erstattet. Wilhelm Meyer zu Erpen selbst sagt, er habe das Gespräch mit dem Polizeibeamten gesucht, sei aber zur Seite gedrängt worden und habe sich schließlich gegen die Handschellen gewehrt. Er will seinerseits ein Verfahren gegen den Polizisten anstrengen.

Der Landkreis hatte dem Landwirt mit einer Verfügung aufgegeben, er habe die Auflösung der unrechtmäßigen Ver-

#### Anfrage an den Landtag?

sammlung auf seinem Grund und Boden zu dulden. Diese Verfügung und die Allgemeinverfügung nach dem Versammlungsrecht wollen Meyer zu Erpen und gleichfalls die Hüttendorf-Bewohner von den Verwaltungsrichtern überprüfen lassen. Vor allem hinsichtlich der Frage, ob der sofortige Vollzug gerechtfertigt sei, weil weder unmittelbar nach der Räumung mit dem Bau begonnen wurde noch die Hüttendörfler mit ihrer Anwesenheit Leib und Leben der gar nicht anwesenden Bauarbeiter gefährdet hätten. Das „A-33-

Aktionsbüro“ hat sich inzwischen den rechtlichen Beistand eines Topanwalts für Umwelt- und Europarecht gesichert.

Kritik übte auch die Landesvorsitzende der Grünen, Meta Jansen-Kusz: „Das Ganze ist juristisch fragwürdig und nicht nachvollziehbar: Mit solchen Verfügungen provoziert man Gewalt.“

Unterdessen ist das von den Autobahngegnern im Zuge der Hüttendorf-Räumung am Palsterkamp angestregte Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Osnabrück praktisch gegenstandslos geworden: Der Landkreis Osnabrück hat die Verfügung nach dem Versammlungsrecht aufgehoben. „Warum sollen wir uns eine Entscheidung abholen, die wir nicht nachvollziehen können?“ begründete Oberkreisdirektor Heinz-Eberhard Holl diese Entscheidung. Das Gericht hatte am Tage der Räumung in einem heftig kritisierten Vorsitzenden-Entscheid vorläufig befunden, daß die Räumung nicht eilbedürftig sei. Nun muß das Verwaltungsgericht noch befinden, wer die Kosten des Verfahrens trägt.

Im Zusammenhang mit der Räumung vom Donnerstag ist nach Auskunft des Pressesprechers bis gestern nachmittag kein Antrag der Autobahngegner auf Überprüfung beim Verwaltungsgericht Osnabrück eingegangen.



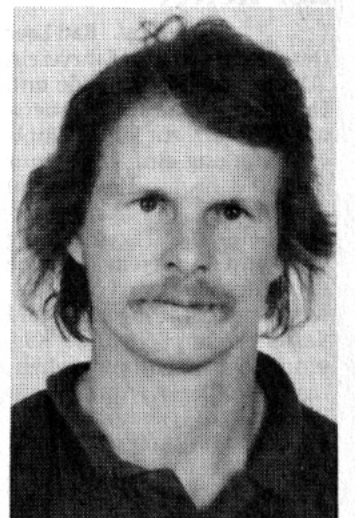
HERMANN NIERMANN, Leiter der Polizeiinspektion Osnabrück-Land: „Polizeibeamte als Prügelknaben“.



KLAUS BRAMMER, Leiter des Straßenbauamtes Osnabrück: „Ein starkes Stück. Wehret den Anfängen.“ Fotos: Archiv



HEINZ-EBERHARD HOLL, Oberkreisdirektor: „Die Sache ist entschieden, und jetzt ist Entscheidung angesagt.“



WILHELM MEYER ZU ERPEN, Landwirt und Autobahngegner: „Schon enttäuschend, daß es soweit kommen konnte.“

## „Katz und Maus“ bis zum Baustart?

### Fragen an die Beteiligten der Auseinandersetzung um den Weiterbau der A 33

Osnabrück/Dissen (-sö) Wie geht es weiter in Erpen? Werden Polizeieinsätze und Hüttendorf-Neubauten sich abwechseln, bis das Wetter Bauarbeiten zuläßt? Wird „Katz und Maus“ gespielt bis zum Baubeginn der A 33 zwischen Erpen und Dissen-Süd? Werden die Polizeibeamten zu Spielbällen zwischen den Fronten?

„Die Sache ist von allen Gerichten geprüft und entschieden, deshalb ist jetzt Entscheidung angesagt“ erläuterte Oberkreisdirektor Heinz-Eberhard Holl die Marschrichtung des Landkreises Osnabrück. Wenn jemand dieser Entscheidung zuwider handle und fremdes Gelände besetze, mache er sich strafbar: „Es gibt nicht zweierlei Recht, und die Autobahngegner machen sich unglaubwürdig, wenn sie einerseits die Rechtsstaatlichkeit geltend machen und kritisieren, daß sie wegen des Zeitpunkts der Räumung keine Rechtsmittel einlegen konnten, andererseits fremdes Gelände besetzen und sich um den Rechtsstaat nicht scheren.“ Lange Zeit habe der Kreis die unrechtmäßigen Ansiedlungen auf der A-33-Trasse mit Gelassenheit beobachtet, machte Holl deutlich, doch jetzt sei die Rechtslage klar: „Die Autobahn wird gebaut. Wir werden und wir können kein neues Hüttendorf dort entstehen lassen.“

Wird sich eine Verschärfung der Auseinandersetzung verhindern lassen? „Es wäre schön, wenn das ginge“, so OKD Holl, „das liegt aber bei den Autobahngegnern: Bei allem Respekt für die Meinung der jungen Leute vor Ort, wenn die akzeptieren würden, daß die Sache entschieden ist...“

Wie geht es weiter? „Wir legen los, sobald die Witterung

es zuläßt“, erläuterte Klaus Brammer, Leiter des Straßenbauamtes Osnabrück. Bauarbeiten könnten erst stattfinden, wenn der Boden nicht mehr gefroren sei. Die jüngste Räumung des Protestcamps in Erpen kommentierte Brammer mit dem Hinweis auf die Unrechtmäßigkeit der Ansiedlung. „Wehret den Anfängen.“ Daß die Autobahngegner an gleicher Stelle bereits am darauffolgenden Tag erneut ein Zelt aufgeschlagen haben, hält der Leiter des Straßenbauamtes für „ein starkes Stück“. Eine Bewachung des Geländes kommt für ihn wegen des erheblichen Aufwands nicht in Frage, da sei die Polizei gefordert.

Wie geht es weiter? „Es kann nicht alle paar Tage so einen Einsatz in Dissen geben“, macht Kriminaldirektor Hermann Niermann unmißverständlich klar. Es sei zwar Aufgabe der Polizei, Vollzugshilfe zu leisten, um dem Recht Geltung zu verschaffen, so der Leiter der Polizeiinspektion Osnabrück-Land, aber nicht nur der Landkreis, sondern jeder Bürger habe Anspruch auf die Wahrung seiner Rechte durch die Polizei. Angesichts der „angespannten Personaldecke“ und der zahlreichen sonstigen Aufgaben der Ordnungshüter

#### „Es gibt nicht zweierlei Recht“

könne es keinen Automatismus geben, daß jeder Verfügung unmittelbar eine Räumung folge.

„Wir wollen vom Grundsatz her nicht akzeptieren, daß ein neues Hüttendorf entsteht“, deshalb sei auch die Räumung des Anti-A-33-Camps auf dem Palsterkamp am 23. Januar und

der erneute Polizeieinsatz am Tag danach richtig und konsequent gewesen. Auch wenn dies die Steuerzahler nach Schätzung des Polizeichefs zwischen 130 000 und 150 000 DM gekostet hat und bei der Polizei Hunderte von Überstunden aufgelaufen sind, die nun für die Alltagsarbeit fehlen.

Bei der Planung Ende vergangenen Jahres sei die Polizei davon ausgegangen, daß unmittelbar nach der Räumung

#### Bis zu 150 000 DM für jeden Polizeieinsatz

weitergebaut werde. Nach dem Einsatz am vergangenen Donnerstag in Erpen sieht die Situation für Kriminaldirektor Niermann anders aus. Angesichts der Ansätze zur Gewalttätigkeit müsse er nun auch an die Sicherheit seiner Polizeibeamten denken.

Nachdenkenswert sei ebenso, daß es offenbar nicht nur um die Autobahn, sondern auch um den Widerstreit von Weltanschauung und Lebensformen gehe: „Es droht, daß die Polizeibeamten zu Prügelknaben für gesellschaftliche Probleme werden.“ Der Chef der Polizeiinspektion behielt sich ausdrücklich eine jeweilige Lagebeurteilung nach polizeilichen Gesichtspunkten vor. Die Polizei wolle keine Eskalation der Gewalt. Bewachen könne sie das Gelände nicht rund um die Uhr, das sei Sache des Straßenbauamtes.

Wie geht es weiter? „Es ist schon enttäuschend, daß es soweit kommen konnte“, sagte Wilhelm Meyer zu Erpen. Ist eine Eskalation der Gewalt unumgänglich? Diese Frage möchte der vom A-33-Bau unmittelbar betroffene Landwirt

und erklärte Autobahngegner dem Landkreis, dem Straßenbauamt und der Polizei stellen. Er sieht den Weiterbau der Autobahn bis Dissen-Süd nicht als entschieden an, weil noch von ihm angestregte gerichtliche Prüfungen anhängig sind. Daß es am vergangenen Donnerstag zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Autobahngegnern kam, führt er auf den „überfallartigen und provokanten“ Einsatz zurück, dessen Rechtmäßigkeit er bezweifelt. Meyer zu Erpen kündigte ein gerichtliches Nachspiel an. Er betonte, „Aktionsgemeinschaft gegen die A 33“ und Hüttendörfler hätten stets übereingestimmt, daß keine Gewalt angewendet werde und Verstöße in den eigenen Kreisen scharf geahndet worden seien.

### Die Räumungen der A-33-Trasse

## Gesucht: Das rechte Maß

Von Gisela Söger

Klar ist: die Autobahn von Osnabrück nach Bielefeld und Paderborn wird weitergebaut. Sie muß weitergebaut werden, weil die Tatsachen aufgrund zahlreicher demokratisch getroffener Entscheidungen der Vergangenheit sind, wie sie sind. Es gibt die einstige Bahnlinie nicht mehr, der Autoverkehr hat enorm zugenommen, die Verhältnisse in den Ortsdurchfahrten von Dissen und Hiltter sind für die Menschen untragbar, der zusätzliche Abgasschwall durch ständige Staus ganz gewiß nicht umweltfreundlich. Die florierende Wirtschaft im Südkreis ist auf Transportwege angewiesen, auch, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Klar ist auch: Die Gegner dieser Autobahn setzen sich nach den Regeln dieses demokratischen Staates mit der Besetzung fremden Grundeigentums ins Unrecht. Das kann sich eine Gesellschaft nicht gefallen lassen, wenn sie ihre selbstgewählten Regeln ernst nimmt.

Ohne Frage: Der Konflikt ist da. Wie er ausgeht, bestimmen die Beteiligten mit. Das rechte Maß ist gefragt. Die

Spirale der Gewalt muß nicht unumgänglich beschränkt werden. Es ist nicht zwingend, daß es einmal wöchentlicher oder häufiger zu Beschimpfungen und tätlichen Auseinandersetzungen auf der Autobahntrasse kommt, bei denen die Polizeibeamten ihre Knochen hinhalten müssen und es womöglich Verletzte und Blutvergiessen auf beiden Seiten gibt.

An die Adresse aller Beteiligten: Das ist es nicht wert.

Zumal Wetter und Jahreszeit das übrige tun werden. In Kürze werden Frühlingswärme und Tauwasser das Camp im Schlamm versinken lassen. In wenigen Tagen oder Wochen werden die Bauarbeiten beginnen können. Es reicht, wenn dann Tatsachen geschaffen und die bislang maximal 30 Anti-A-33-Aktivisten des Feldes verwiesen werden – wenn sie sich nicht entschließen, Gewalt zu vermeiden und freiwillig zu gehen. Und außerdem: Politiker und Verwaltungen jammern über die Leere der öffentlichen Kassen, und jeder Polizeieinsatz auf der A 33 kostet bis zu 150 000 DM. Jede Woche muß diese Ausgabe nicht sein.